

Protokoll Bundesweites Treffen ABSP am 21.08.2010 in Halle/Saale, bei Radio Corax

Geplante Tagesordnung

- 1 Formalia
- 2 Wirtschafts-und Finanzkrise- aktueller Stand?
- 3 "Heißer Herbst"- Planungen für den ABSP
- 4 Bürgerarbeit- mögliche Gegenstrategien
- 5 Kampf ums Existenzminimum in der Krise
- 6 Weitere Projekte
- 7 Verschiedenes

Zur Tagesordnung gewünschte Ergänzungen

zu6.) Diskussion zum Diskussionspapier des "Werkstatttreffens" (Zuspitzen! Soziale Kämpfe in der Krise) ca.10 Min. zur Info

Vorschlag zu Punkt 2:

Nur kurze Einschätzung dafür 3. Punkt erweitern

Vorschlag zu Punkt 3.:

Diskussion zum Thema Rentengarantie

Alle Änderungsvorschläge wurden so einstimmig beschlossen.

TOP 1 Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll etc. kurze Vorstellungsrunde)

Moderation Edgar und Egbert

Protokoll Martina

Vorstellungsrunde

Es sind Mitstreiter anwesend aus Aschersleben, Braunschweig, Dresden, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Jena, Leipzig, Magdeburg, Rosenheim, Wittenberg, und Zeitz.

TOP 2 Stand der Krise

Input: (siehe weiterer Anhang)

Resultierendes Plädoyer:

- Auf keine Verzichtsforderungen der Art "Jetzt bloß nicht die Konjunktur abwürgen!" einlassen! Verzicht der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen auf Lohn/Einkommen ist

niemals richtig. Zur aktuellen Situation: Indizien sprechen dafür, dass es sich nur um eine kurzzeitige Erholung der deutschen Wirtschaft auf Kosten der Bevölkerungen anderer Staaten handelt. Gerade aufgrund der Analyse zum derzeitigen Stand der Krise, der Gefahr einer Spaltung Europas in einen armen Süden und das übrige, reichere Europa und als Beitrag zur europäischen Solidarität gegen deutsches Lohndumping die Kampagnenarbeit für 10 Euro Mindestlohn (und 500 Euro Eckregelsatz, im folgenden kurz: "Bündnisplattform 500-10") in Deutschland verstärken!

- Außerdem europäische Solidarität vor allem am 29.9. organisieren. Der Presse in Deutschland nicht die Möglichkeit anbieten, durch Berichte über Bankenaktionen von den europaweiten Streikaktivitäten abzulenken, sondern als Sozialproteste gewerkschaftliche Aktivitäten an diesem Tag unterstützen und verstärken!

Diskussion: Nach diesem Input gibt es zur Frage, ob ein solcher Input nützlich ist, verschiedene Meinungen: Manche sagen, dass es wünschenswert wäre, wenn ein breites Feld von Wissenschaftlern Analysen für das ABSP entwickle. Es sollte differenziert werden: europäisch, nationalökonomisch.

Andere widersprechen und äußern die Einschätzung, dass der kurze Input wichtige Punkte angesprochen habe und auf diese Weise für eine Handlungsorientierung des ABSP nützlich sei. Weiterhin fällt der Hinweis darauf, dass die konjunkturelle Lage in China in keinem Zusammenhang dazu stehe, wie es der Masse der Menschen in China, vor allem auf dem Land, gehe. In diesem Zusammenhang ist Konsens, dass sogar höhere Gewinne für "die Wirtschaft" daraus resultieren können, dass Menschen, die vorher noch für ihren eigenen Unterhalt gewirtschaftet haben und dadurch nichts zum messbaren Bruttosozialprodukt beigetragen haben, aber recht gut leben konnten, als enteignete Tagelöhner schlechter und sogar elend leben, aber "die Wirtschaft" von ihrer billigen Arbeit große Gewinne erwirtschaftet. Im Input wurde jedoch die chinesische Volkswirtschaft lediglich erwähnt, um darauf aufmerksam zu machen, wie zerbrechlich das angebliche deutsche "Wirtschaftswunder" ist.

Im folgenden geht die Diskussion über verschiedene Punkte weiter: Die Sozialproteste sollten sich zur Wehr setzen, die Systemfrage dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Ferner wird im Zusammenhang mit der Krise auf die Gefahr von Inflation hingewiesen. Die Folgen trügen am meisten die Bauern. Binnenkonjunktur sei schon immer stiefmütterlich behandelt worden. Banken haben den Staat durch ihre Fast-Bankrotte in tiefe Schulden gerissen. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um individuelle, sondern um gesellschaftliche, systembedingte Ursachen handelt. Forderung eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die keine Krisen kennt. Es werden als Alternativen der Sozialismus und auch der Kommunismus genannt. Diese weiteren Diskussionen werden ohne spezifische Ergebnisse beendet.

Top 3) Geplante Aktionen im "Heißen Herbst"

Edgar plädiert dafür, angesichts der gefährlichen Bestrebungen der EU gegen die Menschen in Südeuropa den europaweiten Aktionstag der Gewerkschaften am 29.9. zu unterstützen, nicht nur durch Bewerbung der Großdemonstration in Brüssel, sondern auch durch bundesweite Aktivitäten. Es stellte sich in der Diskussion heraus, dass die landesweite Mobilisierung nach

Dresden für diesen Tag schon im vollen Gange ist. Es wird eine Anhörung am Kongresscenter geben und eine Demo. Auch in Berlin ist an diesem Tag eine Demo geplant.

Leipzig: Es hat sich jetzt ein lokales Netzwerk gegründet, das offen ist für alle, außer für Nazis ist. Vorher gab es in Leipzig von einem anderen Bündnis Ansätze, dass Gewerkschaften und Parteien nicht dabei sein sollten. Das hat sich nun geändert. Abends wird es vor Ort noch eine Demo geben.

In Gießen laufen die Planungen, um am 29.9. aktiv zu werden.

Ebenfalls in Göttingen, dort will das Bündnis gegen Ämterschikane eine Infoveranstaltung anmelden (Aktualisierung mit dem Schreiben des Protokolls: Inzwischen hat ver.di in Göttingen beschlossen, an dem Tag eine Infoveranstaltung zu machen, das Bündnis gegen Ämterschikane unterstützt).

In Aschersleben gibt es am 29.9. eine Aktion Sparpaket: Symbolisch können Wünsche eingeworfen werden.

Es wird vielfältige Aktionen geben, bundesweit!

Grundsätzlich zum 29.9.:

Die TeilnehmerInnen des Treffens in Halle waren verärgert über die Informationspolitik des DGB. Zwar findet sich der Aufruf des EGB auf der Internet-Seite des DGB. Aber es werden keine Anstrengungen von den Bundesspitzen des DGB und der Gewerkschaften unternommen, um zum 29.9. zu mobilisieren. Manche Teilnehmer äußern den Eindruck, dass es Kräfte in den Gewerkschaften gäbe, die sich keinen gelungenen europäischen Aktionstag der Gewerkschaften am 29.9. wünschen.

Es sei also Sache der Basis, für den 29.9. zu mobilisieren.

Oldenburg 10.10.:

Konsens ist, dass die Mobilisierung nach Oldenburg am 10. Oktober "Krach schlagen statt Kohldampf schieben" ein besonderer Schwerpunkt für das ABSP ist. An diesem Tag soll auch zu dezentralen Aktivitäten bundesweit aufgerufen werden, weil eine Mobilisierung aus den entfernteren Regionen der Bundesrepublik nicht sinnvoll wäre.

Manche Mitstreiter merken an, dass es wichtig sei, vor allem vor Ort handlungsfähig zu sein, Bündnisse und Netzwerke aufzubauen, statt zu oft zu zentralen Aktionen zu reisen.

Weitere Mobilisierungen im Herbst:

8.9.: An der Arge Aschersleben Aktion anlässlich der erwarteten Vorstellung des Hartz-IV-Konzeptes und auch zur Bürgerarbeit durch von der Leyen.

Pause

Edgar versucht, einen Vorschlag als Grob-Planung bis zum November zu formulieren:

"Das ABSP mobilisiert zu drei nächsten Schwerpunkten: 1. Für den europäischen Aktionstag der Gewerkschaften wollen wir gewerkschaftliche Aktivitäten unterstützen und wo es Ansätze dazu

gibt, diese verstärken. 2. Wir mobilisieren zur Konferenz und Demonstration in Oldenburg "Krach schlagen statt Kohldampf schieben" und mobilisieren zusätzlich zu dezentralen bundesweiten Aktivitäten an diesem Tag. Wir wollen sowohl die Aktivitäten in Oldenburg als auch die dezentralen an diesen Tagen für die Arbeit für die Bündnisplattform 500-10 nutzen. 3. Wir wollen sämtliche Aktivitäten in den gewerkschaftlichen Aktionswochen vom 20. Oktober bis einschließlich 13. November unterstützen und unsere Inhalte hineinbringen."

Es folgen weitere Konkretisierungen zum 9. und 10. Oktober in Oldenburg:

9/10.10.2010 Oldenburg Demo und Veranstaltung "Krach statt Kohldampf". Es sollten sich in den einzelnen Regionen Ansprechpartner finden, damit die Anreise organisiert werden kann. Da es sich um eine Kooperation von gewerkschaftlichen und nicht-gewerkschaftlichen Erwerbslosennetzwerken/-organisationen handelt, bietet es sich an, vor Ort auch Gewerkschaften anzusprechen, ob es Unterstützung, z.B. finanzieller Art, gibt.

Dennoch überlegen einige Mitstreiter, ob es tatsächlich sinnvoll ist, z.B. aus der Peripherie Sachsen-Anhalts mit viel Aufwand mit fünf Personen nach Oldenburg zu reisen, oder ob es besser ist, vor Ort am selben Tag aktiv zu werden. Beim Erwerbslosenausschuss in Sachsen-Anhalt soll für die Demo in Oldenburg intensiv geworben werden. Insgesamt soll die Mobilisierung für den 9. und 10.10. nach Oldenburg intensiviert werden.

Die Massenzeitung der Erwerbslosen, "Extrablatt" wird wohl bald ausgeliefert. Es gibt verschiedene Informationen über ihre Verfügbarkeit. Die neueste ist leider, dass die Auflage schon vollständig bestellt ist (194.000 von 200.000). Großes Interesse bei vielen Anwesenden. Edgar übernimmt die Aufgabe, nachzufragen, ob nicht eine weitere Auflage gedruckt werden könnte. (Aktualisierung vor Fertigstellung des Protokolls: Die Auflage ist vollständig vergriffen und ein Nachdruck aus Kostengründen nicht möglich).

Es hat sich ein sehr breites Bündnis gefunden, aus gewerkschaftlichen (KOS, Bundeserwerbslosenausschuss ver.di) und einem sehr breiten Bündnis von nicht-gewerkschaftlichen Erwerbslosenorganisationen/-netzwerken. Für die gewerkschaftlichen Organisationen waren die Forderungen der Bündnisplattform zwar zu hoch (500-10), aber mit "wenigstens 80.00 € mehr für Ernährung" hat sich das Bündnis auf den wichtigsten Einzelpunkt, auf den die Bündnisplattform 500 Euro Eckregelsatz hinweist, geeinigt.

Es gibt den Vorschlag, zum 10.10.2010 auch zu bundesweiten Aktivitäten, bei denen mit der Bündnisplattform 500 Euro Eckregelsatz gearbeitet werden kann, aufzurufen.

Weitere Aktionen zum Heißen Herbst :

18.9.2010: Atomkraft - Schluss jetzt! Demo in Berlin. Busse werden organisiert. Einige MitstreiterInnen sagen, dass man sich als Sozialproteste daran beteiligen sollte, auch um unsere Inhalte dort sichtbar zu machen. Es gibt eine sehr breite Mobilisierung zu diesem Termin.

16.10.2010 Berlin. Bundesweite Montagsdemo, sogenannte, jedes Jahr stattfindende Herstdemonstration "gegen die Regierung", ehemals Sternmarsch.

18.10.2010 Frankfurt/M. Bankenaktion der AG Georg Büchner. Aufruf ist sehr unkonkret.

Angesichts der vielen Termine sagen manche MitstreiterInnen, dass die Kräfte nicht ausreichend seien, um an allen Aktionen teilzunehmen. Vor allem eine Mitstreiterin aus Leipzig weist darauf hin, dass lokal geplante Aktionen sehr wichtig sind, damit man erst einmal zuhause mit starken Netzwerken handlungsfähig ist.

6.11.2010: Demonstration für bedingungsloses Grundeinkommen in Berlin.

13.11.2010: Bisher geplanter Abschluss der gewerkschaftlichen Aktionswochen, mit einer großen DGB-Demonstration in Dortmund für NRW, DGB Demo in Berlin (?), ...

Ein Mitstreiter schlägt vor, dass alle Termine kalendarisch auf der Homepage des ABSP eingetragen werden sollten: Informationen: Termin, Ort, Link auf Homepage der OrganisatorInnen der jeweiligen Aktion.

Andere warnen vor Beliebigkeit von zu vielen Terminen. Es wird auch davor gewarnt, sich zu sehr an die zur Zeit stärkste Bewegung, die gegen Atom anzuhängen, da schon 1998 der Regierungswechsel anhand dieses Themas stattfand, aber zur sozialen Frage keine Positionen deutlich genug formuliert waren. Diese Situation sei zur Zeit anders. Daher sollten sich die Sozialproteste weiter vor allem auf ihr Thema konzentrieren. Außerdem gehe der Eckregelsatz über die Verbindung zum Lohnniveau alle Menschen an und beeinflusse auch die anderen gesellschaftlichen Bereiche, auch ökologische Fragen.

Stimmungsbild: Auf der Homepage sollen die Termine erfasst werden. Konsens. Edgar übernimmt diese Aufgabe.

Dann Diskussion: Soll es Schwerpunktmobilisierungen geben? Vor allem, da man die Massen erreichen wolle, erscheint es sinnvoll, die gewerkschaftlichen Aktionswochen vom 20. Oktober bis einschließlich 13. November als dritten Schwerpunkt neben 29.9. und Oldenburg zu setzen.

Stimmungsbild: Sollen die gewerkschaftlichen Aktionswochen vom 20. Oktober bis 13.

November dritter Schwerpunkt sein? Eine sehr deutliche Mehrheit ist für diese Entscheidung.

Edgar wird damit beauftragt, die Informationen entsprechend auf der Homepage einzutragen: **3 Schwerpunkte (29. September EGB-Aktionstag, 9./10. Oktober Oldenburg, 20. Oktober bis 13. November "Gerecht geht anders") und die weiteren Termine ebenfalls kalendarisch verfügbar machen.**

Top 4 Bürgerarbeit

Tarifarbeitsplätze werden abgebaut, und es wird weiter im Sozialbereich gespart. Bürgerarbeit bedeutet, dass die Zahl derjenigen, die aufstocken oder einen Anspruch darauf hätten, weil der Lohn ihren Bedarf nicht deckt, wächst. Der Druck auf die Löhne in der gesamten Gesellschaft wird wachsen. Im Kulturbereich leben Menschen schon länger in Armut. Leipzig: Positionspapier erarbeitet. Es gibt Pro und Kontra zur Bürgerarbeit bei den TeilnehmerInnen des Treffens.

Eine der scharfen Positionen gegen die Bürgerarbeit: Auch die EU gab Gelder, weil sie auch Arbeitsmarktpolitik bestimmen will. Das kann im Zusammenhang mit der gesamten EU-Politik gesehen werden: Es gehe um Kriegsfähigkeit nach außen und Ausbeutung nach innen. Je mehr

Beute um so mehr Einfluss, je mehr Bürgerarbeit um so weniger Widerstand. Wenn es uns gelänge, die Bürgerarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren, könnten wir gewinnen – könnten wir gewinnen nicht durch, sondern gegen die Bürgerarbeit.

Städte haben mehrheitlich Anträge gestellt, um dieses Instrument Bürgerarbeit zu nutzen. Der DGB ist in vielen Orten "mit im Boot". Aus einer Stadt ist z.B. bekannt, dass der DGB äußerte, "er sei mit im Boot, er steige aber sofort aus, sobald Mindestlohnstandards unterschritten würden". Die TeilnehmerInnen fragen sich, was für "Mindestlohnstandards" der DGB in Deutschland meine und sind mit einer solchen und ähnlichen Aussagen nicht zufrieden. Ein Teilnehmer weist darauf hin, dass ein Existenzsicherungsgesetz in Arbeit sei, per Verwaltungsbeschluss muss der Empfänger für seine Leistung etwas wieder geben. Er kann gezwungen werden, ohne weitere Entlohnung zu arbeiten.

Es wird noch darauf hingewiesen, dass Wohlfahrtsverbände durch Hartz IV profitieren.

Die TeilnehmerInnen einigen sich auf eine Strategie zur Bürgerarbeit:

Aufklärung weiter in Gewerkschaften rein tragen, und Plakate Flyer weitergeben.

Auch die Arbeit für die Bündnisplattform 500-10 (Mindestlohn!) sei ein Mittel, gegen die Durchsetzung der Bürgerarbeit anzuarbeiten. Es wird der Vorschlag gemacht, zu fordern, dass Reiche Bürgerarbeit ausüben sollen.

Zum Punkt Verschiedenes

Von Hannover gibt es die Initiative, dass lokal Werkstätten gemacht werden können. Z.B. zu Aktionsformen. Die Linke unterstützt mit Geld für Dozenten.

Das nächste ABSP-Treffen wird am Samstag, 9.10., in Oldenburg stattfinden.